

Nationale Ausschreibung nach UVgO
Öffentliche Ausschreibung
Vergabenr.:
Ö/UVgO/10/219-24/mü

1. Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle, zuschlagserteilende Stelle:

Name und Anschrift:
Landkreis Anhalt-Bitterfeld
Am Flugplatz 1
06366 Köthen (Anhalt)
Deutschland
Telefonnummer:
+49 349660-1191
Telefaxnummer:
+49 349660-1193
E-Mail-Adresse:
lisa.beitlich@anhalt-bitterfeld.de
Internet-Adresse:
www.anhalt-bitterfeld.de
Zuschlagserteilende Stelle:
Siehe oben

2. Verfahrensart (§ 8 UVgO):

Verfahrensart:
Öffentliche Ausschreibung

3. Angebote können abgegeben werden:

elektronisch in Textform
elektronisch mit fortgeschrittener Signatur
elektronisch mit qualifizierter Signatur
Anschrift zur Einreichung schriftlicher Angebote:
ENTFÄLLT- (es sind ausschließlich elektronische Angebote zugelassen)

4. Zugriff auf Vergabeunterlagen:

Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff
auf die Vergabeunterlagen (§ 29 Abs. 3 UVgO):
Entfällt (siehe 9.).

5. Art und Umfang sowie Ort der Leistung:

Art der Leistung:
Verwaltungsbedarf Landkreis Anhalt-Bitterfeld - Los 1 Büromaterial
Menge und Umfang:
90 verschiedene Positionen allgemeiner Bürobedarf
die genauen Mengen entnehmen Sie bitte dem Leistungsverzeichnis

Ort der Leistung:
06366 Köthen (Anhalt) und 06749 Bitterfeld-Wolfen (Ortsteil Bitterfeld)

6. Losaufteilung:

Losweise Vergabe:
Nein

7. Nebenangebote sind

nicht zugelassen

8. Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführungsfrist:

02.09.2024

Ende der Ausführungsfrist:

31.07.2025

Bemerkung zur Ausführungsfrist:

Der Abruf der Leistungen erfolgt in Teillieferungen. Diese sollen innerhalb von drei Tagen nach Abruf, Montag bis Donnerstag 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr erfolgen.

9. Elektronische Adresse, unter der die

Teilnahmewettbewerbsunterlagen/Vergabeunterlagen abgerufen werden können:

unter (URL:):

<https://www.evergabe.de/u...>

10. Ablauf der Angebots- und Bindefrist:

Angebote sind einzureichen bis:

16.07.2024 09:00

Ablauf der Bindefrist:

14.08.2024

11. Höhe der etwa geforderten Sicherheitsleistungen:

:

KEINE

12. Wesentliche Zahlungsbedingungen:

:

Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt nach Erfüllung der Leistung binnen 30 Tagen nach Rechnungseingang.

13. Ggf. mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen zur Eignungsprüfung des Bewerbers:

:

a) Nachweis über Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. (z.B. Handelsregisterauszug oder Eintragung in der Handwerksrolle oder Eintragung bei der Industrie- und Handelskammer) Bewerber mit Sitz im Ausland müssen mit dem Angebot die Erlaubnis der Berufsausübung im Staat ihrer Niederlassung nachweisen, soweit hierfür ein im Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführte Registereintragung einschlägig ist; bei Bewerbergemeinschaften gilt dies für jedes Mitglied.

b) Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei Geschäftsjahren (2021 - 2023), Eigenerklärung reicht aus

c) aktuelle Referenzliste in den letzten höchstens drei Jahren erbrachter vergleichbarer Leistungen mit Angabe des Werts, Liefer- bzw. Erbringungszeitpunktes sowie des Empfängers

d) Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft

e) Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes

f) Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Sozialversicherungsträgers

g) Nachweis entsprechender Berufshaftpflichtversicherungsdeckung

Daneben sind einzureichen:

h) Anlage Eigenerklärung zum Nachunternehmereinsatz

Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen

i) Muster zu Position 46 und 48

Es sind Erklärungen im Sinne des Tariftreue- und Vergabegesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (TVergG LSA) mit dem Angebot vorzulegen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer des Präqualifikationsverzeichnis anzugeben oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß der o. g. Punkte auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen.

HINWEISE:

Allgemeine Hinweise

Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben gleichwertige Bescheinigungen von anerkannten Stellen ihres Herkunftslandes vorzulegen.

Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundeszentralregister anfordern. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen Ihres Herkunftslandes vorzulegen. Der Bieter hat die Einhaltung der Mindestentgeltregelungen zu berücksichtigen. Einzelheiten dazu sind in den Ausschreibungsunterlagen enthalten.

Hinweise gemäß § 8 TVergG LSA

Gemäß § 8 TVergG LSA sind nur vom Bestbieter die Erklärungen und Nachweise vorzulegen.

Die geforderten Erklärungen und Nachweise sind elektronisch, innerhalb einer nach Tagen bestimmten Frist, über die Vergabepattform zu übermitteln.

Die nicht fristgerechte Einreichung der geforderten Erklärungen und Nachweise führt gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 3 TVergG LSA dazu, dass das Angebot von der Wertung auszuschließen ist.

Die Frist zur Einreichung der nachgeforderten Erklärungen und Nachweise muss

gemäß § 8 Abs. 2 Satz 2 TVergG LSA mindestens drei Werktage betragen und darf fünf Werktage nicht überschreiten.

Hinweis gemäß § 14 TVergG LSA

Nachunternehmen sind gemäß § 14 Abs. 1 TVergG LSA bei Angebotsabgabe schriftlich zu benennen.

Gemäß § 14 Abs. 2 TVergG LSA werden Öffentliche Aufträge nur an Bieter vergeben, die schriftlich oder elektronisch erklären, dass eine Beauftragung von Nachunternehmern oder Verleihern nur erfolgt, wenn diese ihren Arbeitnehmern mindestens die Arbeitsbedingungen gewähren, die der Bieter selbst einzuhalten verspricht. Der Bieter hat die schriftliche Übertragung der Verpflichtung und ihre Einhaltung durch die beteiligten Nachunternehmer oder Verleiher sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

14. Angabe der Zuschlagskriterien:

Der niedrigste Preis:

Ja

15. Sonstiges: